

Sitzungsprotokoll

Gemeinde Lägerdorf

**Gremium
Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauwesen**

Tag	Beginn	Ende
21.10.2008	17.30 Uhr	18.35 Uhr

**Ort
Rathaus Lägerdorf, Sitzungssaal,
Breitenburger Straße 23, 25566 Lägerdorf**

Sitzungsteilnehmer siehe beiliegendes Teilnehmerverzeichnis.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieses Protokolls sind.

gez. Tiedemann
Vorsitzender

gez. Simone Widmann
Protokollführerin

Teilnehmerverzeichnis

zum Protokoll der Sitzung
des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr und Bauwesen
der Gemeinde Lägerdorf
am 21.10.2008, 17.30Uhr

Mitglieder:	anwesend	
	ja	nein
LWG Ansgar Dörnte - stellv. Vorsitzender -	X	
LWG Hauke Dittmann (bgl.)	X	
LWG Werner Brühl (bgl.)	X	
SPD Uwe Erickson (bgl.)	X	
SPD Marc Pollex	X	
SPD Jörg Anders	X	
CDU Jürgen Tiedemann - Vorsitzender -	X	
CDU Horst Jeworek	X	
CDU Ralf Kuklinski (bgl.)	X	
Stellvertretende Mitglieder		
LWG Benno Haftstein		
LWG Brigitte Hoffmann		
LWG Sigrid Blendek		
LWG Christel Gerwien (bgl.)		
SPD Heidi Siebrandt-Kossiski		
SPD Norbert Voß (bgl.)		
SPD Manuela Streich		
SPD Ingolf Streich		
CDU Christian Droßard		
CDU Rüdiger Hollm (bgl.)		
CDU Peter Böge (bgl.)		
Gemeindevertreter		
Andreas Bolik		
Regine Fritz		
Erna Haftstein		
Manuela Streich		
Brigitte Hoffmann		
Christian Droßard		
Burkhard Barthel		
Benno Haftstein		
Ingolf Streich		
Heinrich Sülau - Bürgermeister -	X	
Sigrid Blendek		
Entschuldigt fehlen:		
Ferner anwesend:		
Frau Widmann als Protokollführerin		



Gemeinde Lägerdorf

Partnergemeinde der Stadt Sepopol (Polen)

Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauwesen

13.10.2008

EINLADUNG

Zu einer öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Bauwesen der Gemeinde Lägerdorf am **Dienstag, dem 21.10.2008 um 17.30 Uhr**, im Sitzungssaal des Rathauses, Breitenburger Straße 23 in Lägerdorf, werden Sie hiermit eingeladen.

TAGESORDNUNG

1. Anträge zur Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Aussprache über das Protokoll der letzten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Bauwesen
4. Gewerbegebiet Hochholz
5. Gewerbegebiet „Klein England“
6. Schulsanierung
- beigef. Info-Broschüre der Investitionsbank -
7. Mitteilungen und Anfragen

gez. Tiedemann
- Vorsitzender

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Zu Pkt. 1: Anträge zur Tagesordnung

Es werden keine Anträge gestellt.

Zu Pkt. 2: Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zu Pkt. 3: Aussprache über das Protokoll der letzten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Bauwesen

Herr Tiedemann geht die einzelnen Tagesordnungspunkte durch und erläutert den anwesenden Bürgern kurz die Sachthemen:

Zum Pkt. 5 „Schulbausanierung“:

- Die Verwaltung hat noch nicht die Kostenaufstellung für die bisher durchgeführten Maßnahmen vorgelegt.
- Die Heizungsanlage funktioniert nach wie vor nicht korrekt. Die Verwaltung möge sich um eine schnelle Abhilfe bemühen. Herr Bgm. Sülau hält zudem eine Einweisung zur Bedienung der Anlage für den Hausmeister, einen Gemeindearbeiter und den Schulleiter durch eine Fachfirma für erforderlich.
- In Bezug auf eine evtl. Zusammenarbeit bei der Schulumfeldgestaltung hat Herr Bgm. Sülau bei der Einrichtung „Alt und Wert“ zwecks einer Terminabsprache angerufen. Ein Rückruf soll erfolgen.
- Herr Bgm. Sülau hat die Gemeindearbeiter um die Wiederherstellung der Sperrung der Sportplatzeinfahrt an der Münsterdorfer Straße gebeten. Von den Anwesenden wird es für sinnvoller erachtet, anstelle des Wiedereinbaus von Pfählen größere Steine dort abzulegen. Künftig können so Vandalismusschäden vermieden werden.

Zum Pkt. 6 „Mitteilungen und Anfragen“:

Zu Ziffer 1:

Laut Hinweis der Verwaltung soll die Protokollführung in allen Amtsgemeinden gleich gestaltet sein. Herr Tiedemann schlägt vor, für Lägerdorf eine interne Lösung zu finden. Dieses ist untereinander zu besprechen.

Zu Ziffer 2:

Die Gemeinde wird mit dem Amt einen Termin zur Vorlage der Vertragsauflistung abstimmen. Von Vorteil wäre eine Behandlung des Themas in der November-Sitzung des Finanzausschusses, um ggf. Dispositionen für den Haushalt 2009 treffen zu können.

Zu Ziffer 3:

Herr Bgm. Sülau berichtet, dass das betreffende Unternehmen Widerspruch gegen die Gewerbesteuernachzahlung eingelegt hat. Dem Widerspruch wurde stattgegeben, so dass nur noch eine Summe von rund 18.000 € nachgezahlt wird.

Zu Ziffer 4:

Das Thema Zweitwohnungssteuer soll auf der nächsten Sitzung des Finanzausschusses beraten werden.

Zu Ziffer 5:

Herr Tiedemann erwartet weiterhin eine Rückmeldung seitens des Amtes bezüglich der Regenwasseranlage eines großen örtlichen Unternehmens.

Zum Pkt. 7 „Bauliche Entwicklung in der Gemeinde Lägerdorf“:

Zu dem Unterpunkt „Kampfgelände/Bergwiese“ bemerkt Herr Dörnte, dass die Verwendung eines Angebotes als Grundlage zur Einholung weiterer Offerten unzulässig ist.

Es wird darauf hingewiesen, dass lediglich auf das Leistungsverzeichnis zurückgegriffen wird. Die Preise werden nicht offen gelegt.

Zum Unterpunkt „Wiesenweg“ ergänzt Herr Dörnte, dass eine evtl. Nachzahlungspflicht aus der Kooperationsvereinbarung mit der Firma Holcim allenfalls teilweise greift, weil die sich schon im Eigentum der Gemeinde befindlichen Flächen hiervon nicht berührt sein dürften.

Zu Pkt. 4 Gewerbegebiet Hochholz

Herr Tiedemann berichtet über ein Gespräch mit Vertretern des Kreisbauamtes, der Gemeinden Rethwisch und Neuenbrook sowie der Stadt Itzehoe.

Es wurde daran erinnert, dass die Gewerbeflächendarstellung in den jeweiligen gemeindlichen Flächennutzungsplänen bzw. die später darauf basierende Bebauungsplanung einer interkommunalen Abstimmung bedarf.

Bereits in der Vergangenheit wurde ein Strukturkonzept im Entwurf erstellt. Dieses blieb aber, wegen mangelnden Interesses an gewerblichen Grundstücken, unvollendet.

Nunmehr besteht in den Gemeinden aber wohl übereinstimmend die Auffassung, das Strukturkonzept zu überarbeiten und fertig zu stellen. Hierzu wäre heute ein Grundsatzbeschluss als Empfehlung für die Gemeindevertretung notwendig.

Zudem ist zu empfehlen, über eine Änderung der Gewerbegebietsdarstellungen in Industrie-flächenausweisungen (GI) nachzudenken.

Ein derartiges Angebot würde in den Umlandgemeinden und der Stadt Itzehoe keiner Konkurrenz gegenüberstehen und es gibt Bedarfe an derartigen Flächen.

Herr Pollex erkundigt sich, ob die Gemeinde bei einer GI-Ausweisung Einfluss auf den späteren Grundstücksverkauf hätte. Dieses wird, soweit sich das Areal im Privateigentum befindet, verneint.

Gleichwohl kann die Gemeinde im Rahmen ihrer Planungshoheit in einem noch zu erstellenden Bebauungsplan über bestimmte Parameter die Zulässigkeit einzelner Unternehmensarten regeln. Z.B. können Maximalgrenzen für Emissionen festgelegt werden.

Herr Tiedemann ergänzt, dass angedacht ist, Fördermittel für Erschließungsmaßnahmen aus dem „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ zu erhalten. Dieses setzt jedoch voraus, dass die Gemeinde Eigentümerin der Flächen ist. Laut der „egeb Wirtschaftsförderung“ gibt es verschiedene Modelle, bei denen Gemeinden keine Finanzmittel bereitstellen müssen und dennoch die Voraussetzungen für eine Fördermittelzuweisung erfüllt sind.

Ein Kostenangebot für die Aktualisierung des Strukturkonzeptes liegt bereits vor. Die Gemeinden Neuenbrook und Rethwisch werden noch über die Konzepterstellung beraten. Im Anschluss könnte die Auftragsvergabe an ein Planungsbüro und der Abschluss einer Vereinbarung zur Kostentragung beschlossen werden.

Es ergehen folgende **Beschlüsse**:

1. Der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauwesen empfiehlt der Gemeindevertretung

zu beschließen, das Gewerbestrukturkonzept im Sinne einer interkommunalen Abstimmung mit den Gemeinden Neuenbrook und Rethwisch zu überarbeiten und zum Abschluss zu bringen.

2. Zudem wird der Gemeindevertretung der Beschluss empfohlen, sich grundsätzlich für eine Änderung der Gewerbeflächendarstellungen - betreffend die Grundstücke an der A 23 - in Industrieflächenausweisungen auszusprechen. Hierzu wäre eine Flächennutzungsplanänderung erforderlich.

Abstimmungsergebnis: - Einstimmig -

Zu Pkt. 5: Gewerbegebiet „Klein England“

Im Zuge des unter dem vorherigen Punkt erwähnten Gespräches wurde mit dem Vertreter des Kreises auch das Anliegen eines Lägerdorfer Gewerbetreibenden zur Aussiedlung seines Betriebes thematisiert. Hierfür wird die Fläche „Klein England“ favorisiert.

Zurückliegend wurden Möglichkeiten zur Ansiedlung eines Baumarktes und anderer Unternehmen sowie der Neubau einer Tennissportanlage geprüft. Entsprechende Anfragen beim Kreis und bei der Landesplanungsbehörde wurden positiv beschieden.

Der Kreismitarbeiter vertritt aber nunmehr die Auffassung, dass, wenn eine Industrieflächenausweisung an der A 23 erfolgt, im Bereich „Klein England“ kein neues Gewerbegebiet entstehen müsste. Diese Abweichung von der bisherigen Haltung kann nicht nachvollzogen werden.

Herr Bgm. Sülau hat bereits ein Telefonat mit der zuständigen Mitarbeiterin bei der Landesplanungsbehörde geführt. Diese unterstützt das Anliegen der Gemeinde nach wie vor. Sie bat darum, die Absichten des Gewerbetreibenden zu konkretisieren und stellte einen Ortstermin in Aussicht.

Die Verwaltung möge ein entsprechendes Schreiben an das Ministerium richten.

Herr Pollex erkundigt sich, ob auch in diesem Bereich eine Baugrunduntersuchung durchzuführen ist. Frau Widmann informiert darüber, dass der Gemeinde bei einer Bauleitplanung eine Sorgfaltspflicht obliegt. Sie muss also, mit Blick auf die Wahrung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse, Informationen über etwaige Bodenbelastungen oder über andere Hin-derungsgründe für eine Bebauung der zu überplanenden Grundstücke einholen.

Wenn keine Anhaltspunkte für die eben genannten Aspekte vorliegen, ist es ausreichend eine angemessene Nachforschung zu betreiben. Dieses kann bspw. durch Nachfragen bei Gemeindevertretern und/ oder älteren Gemeindegewohnern geschehen.

Im Zuge des Gespräches mit einem Anbieter zur Baugrunduntersuchung auf dem Kampgelände wurde bereits die Frage nach einer evtl. Untersuchung Klein Englands gestellt. Der Betreffende gab an, auf der Basis seiner langjährigen Erfahrung und Tätigkeit für ein großes örtliches Unternehmen, nicht über derartige Kenntnisse zu verfügen. Herr Bgm. Sülau und Herr Brühl waren bei dem Gespräch zugegen und äußerten nichts Gegenteiliges. Gleiches gilt für die politischen Vertreter, welche seit längerem mit dem Thema einer möglichen Flächennutzung „Klein England“ befasst sind.

Somit liegen zzt. keinerlei Hinweise vor, die eine Baugrunduntersuchung erforderlich machen könnten.

Es ergeht folgender **Beschluss**:

Herr Bürgermeister Sülau wird ermächtigt, über den Erwerb der Flächen „Klein England“ durch die Gemeinde Gespräche mit dem Eigentümer zu führen.

Abstimmungsergebnis: - Einstimmig -

Zu Pkt. 6: Schulsanierung

Herr Bgm. Sülau berichtet von einem Ortstermin mit einem Ingenieur aus Kollmar. Es sind dringende Reparaturmaßnahmen an dem Dach erforderlich. Diese werden aber nicht nachhaltig sein, sodass eine Grundsanie rung des Daches ansteht.

Mit den Sofortmaßnahmen hat Herr Bgm. Sülau bereits ein Fachunternehmen beauftragt. Die Umsetzung steht allerdings noch aus.

Herr Tiedemann ergänzt, dass der eben genannte Ingenieur die Erstellung eines Sanierungskonzeptes bei Einschaltung eines Energieberaters empfiehlt. Auf dieser Basis sollten alle Maßnahmen prioritär abgearbeitet werden. Als Energieberatungsunternehmen, welches auch einen Energieausweis gemäß der Energieeinsparverordnung erstellen sollte, wird das Büro KAplus Vollert aus Eckernförde empfohlen. Die Kosten für die Erstellung des Sanierungskonzeptes werden zzt. auf 3.400,00 € einschl. Mehrwertsteuer geschätzt.

Es ergeht folgender **Beschluss**:

Herr Bürgermeister Sülau wird ermächtigt, dem Architekturbüro Roggenkamp/Bley, Strohdreich 10 in 25377 Kollmar, den Auftrag zur Erstellung eines Sanierungskonzeptes für die Dachlandschaft der Schule zu erteilen.

Es ist der gesamte Sanierungsbedarf bei gleichzeitiger Prioritätensetzung zu ermitteln. Der Auftrag wird auf der Basis eines Honorares zu 70,00 €/Std. zzgl. Mehrwertsteuer erteilt.

Abstimmungsergebnis: - Einstimmig -

Herr Tiedemann schlägt vor, einen Beratungstermin mit der Investitionsbank zu vereinbaren. In einer Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Bauwesen oder in einer inter-fraktionellen Sitzung könnte ein Vortrag über Finanzierungsmodelle gehalten werden. Herr Tiedemann wird einen entsprechenden Termin bekannt geben.

Zu Pkt. 7: Mitteilungen und Anfragen

1. Herr Bgm. Sülau verweist auf eine Abnahme der Arbeiten in der Hermann-Löns-Straße am Dienstag, den 28.10.08, um 8.30 Uhr. Bereits zurückliegend ist bemängelt worden, dass es wohl bei Rangier- und Transportfahrten Beschädigungen an den Banketten und Straßenkanten gegeben hat. Eine Ausbesserung ist noch nicht erfolgt. Dieses wird erneut zu fordern sein.
2. Herr Brühl erkundigt sich nach der Zuständigkeit für die Freilegung überasphaltierter Wasserschieber. Trotz mehrfacher Hinweise ist an einer Stelle solch ein Zustand nach wie vor gegeben. Frau Widmann informiert darüber, dass die verursachende Baufirma heute erneut angemahnt wurde, die Angelegenheit zu bereinigen.
3. Herr Dörnte berichtet, dass das gemeindliche Laptop trotz einer Reparatur kaum einsatzfähig ist. Es ist technisch veraltet. Herr Anders rät zu einer Mittelbereitstellung im Haushalt 2009 für eine Neuanschaffung. Herr Tiedemann schlägt den gleichzeitigen Erwerb eines kombinierten Fax-, Scanner- und Laserdruckgerätes vor. Herr Dittmann wird sich bei einem ihm bekannten Unternehmen über die Kosten für Gebrauchtgeräte informieren.